

**Rede zum Schader Preis  
Silja Häusermann / Juni 2024**

**Sozialstruktureller Wandel und progressive Politik**

Sehr geehrte Frau Schader,

sehr geehrter Herr Schader,

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Benz

Sehr geehrter Herr Minister Gremmels

sehr geehrter Professor Otfried Jarren als Sprecher des Senats,

sehr geehrte Frau Stein als Sprecherin des kleinen Konvents der Stiftung

sehr geehrte Mitglieder des Senats, des kleinen Konvents und des Stiftungsrats der Schader-Stiftung,

sehr geehrte Damen und Herren, liebe Anwesende

Ich freue mich ausserordentlich über den Schader-Preis und bedanke mich sehr herzlich dafür! Ich fühle mich sehr geehrt durch den Preis einerseits, aber auch durch die Zeit, die Sie sich heute für diesen Anlass nehmen, durch die freundlichen Worte von Ihnen – Herr Oberbürgermeister Benz, Herr Minister Gremmels – und natürlich durch die Auseinandersetzung von Roger de Weck mit meiner Arbeit und seine Worte dazu.

Gerne spreche ich heute zu Ihnen. In meiner kurzen Rede möchte ich gegen die *Mumifizierung von Politik* ansprechen.

Mein Argument ist, dass unsere Gesellschaften sich in den letzten 30-40 Jahren sozialstrukturell radikal verändert haben – und mit ihnen die Probleme, Ansprüche und Bedürfnisse der Menschen. Wie und wie gut die Politik diesen Bedürfnissen begegnet beobachten und bewerten wir jedoch oft durch die Brillen des vergangenen Jahrhunderts, an konservierten, überholten Massstäben.

Besonders ausgeprägt ist diese Mumifizierung unseres Politikverständnisses im Bereich der linken, progressiven Politik, ihrer Akteure und ihrer politischen Instrumente - ein Feld, mit dem ich mich seit langem intensiv beschäftige. Mit progressiver Politik meine ich hier politische Akteure, welche mit staatlicher

Intervention als Mittel den Zweck zunehmenden sozialen Ausgleichs und umfassender sozialer Sicherheit verfolgen.

In der Bewertung, wen progressive Politik mobilisiert und mobilisieren soll, wofür und wogegen sie steht, und welche Mittel ihren Zielen angemessen sind, fällt der Gesellschaft, den Medien, den Parteien selber und oft auch den Gesellschaftswissenschaften eine Erneuerung unserer inhaltlichen Erwartungen und Massstäbe schwer.

Mein Freund und Co-Autor, der amerikanische Politikwissenschaftler Herbert Kitschelt, hat es einmal treffend so ausgedrückt: Wir messen progressive politische Bewegungen daran, wie nahe sie der Schwedischen Sozialdemokratie in den 1960er Jahren kommen. In anderen Worten: wie gut sie mit sozialpolitischen Forderungen die Arbeiterklasse mobilisieren. Das ist oft der implizite oder explizite Goldstandard erfolgreicher linker Politik.

Diese Mumifizierung unseres Verständnisses von progressiver Politik mag den einfachen und plausiblen Grund haben, dass gerade die Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert in Europa tatsächlich mit der Errungenschaft des umfassenden Sozialstaates ein ganz ausserordentliches, gesellschaftlich transformatives Ziel erreicht hat. Es geht mir nicht darum, die Bedeutung dieser Errungenschaft zu hinterfragen.

Aber die Gesellschaft, welche progressive Politik heute repräsentieren will und muss, und die Ansprüche der Menschen, auf welche sie Antworten geben muss, sind andere geworden, ihnen muss mit anderen Instrumenten begegnet werden.

Der grundlegende sozialstrukturelle Wandel, von dem ich hier spreche, lässt sich mit dem etwas unscharfen Begriff der post-industriellen Wissensgesellschaft umschreiben. Der Begriff muss zwangsläufig unscharf bleiben, weil er eine Reihe von unterschiedlichen, aber zusammenhängenden Entwicklungen meint. Haupttreiber sind der wirtschaftliche Strukturwandel von der Industrieproduktion zur entgrenzten Wissensökonomie, sowie damit zusammenhängend die massive Bildungsexpansion in Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Auch wenn die Industrie weiter in gewissen europäischen Ländern – wie etwa in Deutschland - stark zur Wertschöpfung beiträgt, ist sie in der Beschäftigungsstruktur sehr minoritär geworden. Noch 10-15% der Beschäftigung ist in der Industrieproduktion zu finden während etwa hochqualifizierte, kognitive Berufe in westeuropäischen Ländern wie

der Schweiz oder Deutschland bereits 40-50% der Beschäftigung ausmachen. Der Wandel erfolgte zudem in rasantem Tempo: in nur 30-40 Jahren haben sich diese Anteile im Schnitt etwa halbiert was die Industriebeschäftigung betrifft bzw. verdoppelt was den Anteil der qualifizierten Dienstleistungsberufe angeht. Junge Menschen kommen heute in einen Arbeitsmarkt, in dem primär starke kognitive, soziale und kreative Fähigkeiten nachgefragt sind.

Mit derart einschneidenden wirtschaftlichen Veränderungen gehen soziale Transformationen einher. Hierbei sind vor allem die Bildungsexpansion zu erwähnen und die grundlegend veränderte Stellung von Frauen in Bildung, Beruf und Familie. Der Anteil tertiär gebildeter im erwerbsfähigen Alter ist in der CH und D in nur ca. 30 Jahren von etwa 10 auf 30 % gestiegen. Bei den jungen Menschen unter 35 beträgt der Anteil ungefähr die Hälfte. Gerade Frauen sind von dieser Bildungsexpansion massiv betroffen, für sie verändern sich Lebensrealitäten, Möglichkeiten und Ziele von einer Generation zur nächsten radikal. Statistisch ist der Durchschnittswähler heute deutlich besser ausgebildet, lebt eher in städtischem Milieu, ist offen gegenüber gesellschaftlichem Wandel und ist eher eine Durchschnittswählerin als ein -wähler.

All diese Veränderungen haben aber nicht nur zu einem sogenannten "upgrading" geführt, also zu einer massiv gewachsenen gebildeten Mittelschicht, sondern auch zu mehr Ungleichheit in der Spreizung von Löhnen, Berufsrisiken und Lebenschancen. Ein Berufslehraabschluss ist heute bei weitem kein Garant mehr für langfristige berufliche Sicherheit. Mit ungenügender Ausbildung gehen langfristige Risiken einher.

Die benachteiligten sozialen Schichten sind zudem heterogener geworden, sowohl was ihre oft prekären Beschäftigungsverhältnisse betrifft, als auch bezüglich der familiären Konstellationen, die sie kennzeichnen, und natürlich in den vielfältigen migrantischen Bezügen, welche ebenfalls zur Heterogenität der tieferen sozialen Schichten beitragen.

Kommen wir zurück zur Politik, genauer zur progressiven Politik, welche mit diesen Menschen und für diese Menschen soziale Sicherheit und gute Lebenschancen schaffen will. Der italienische Philosoph Roberto Frega hat links-progressive Politik treffend als ein grosses "emanzipatorisches Projekt" beschrieben, als die Absicht, "immer mehr Menschen aus immer mehr Abhängigkeiten" zu befreien.

Wenn wir diesen Anspruch vor dem Hintergrund des sozialstrukturellen Wandels denken, den ich gerade skizziert habe, klären sich meines Erachtens diverse Missverständnisse in der Einschätzung des Zustandes und der Perspektiven progressiver Politik, die sich hartnäckig halten.

Ich möchte auf drei konkrete Missverständnisse – oder aus meiner Sicht Fehleinschätzungen – eingehen, die man in der heutigen Debatte noch immer oft hört, und zu denen ich beitragen kann – sowohl aus meiner unmittelbaren eigenen Forschung, als auch aus dem gemeinsamen Bestand des Wissens der sozialwissenschaftlichen Forschung zu der meine Arbeiten beizutragen versuchen.

Die drei Missverständnisse betreffen die elektoralen Strategien sozialdemokratischer Parteien, die vermeintliche Gefahr, die von sogenannter Identitätspolitik für linke Parteien ausgeht, sowie die Ziele progressiver Sozialpolitik im 21. Jahrhundert.

Zu den elektoralen Strategien, also der Frage, wie gut linke Parteien - und sozialdemokratische Parteien im speziellen – ihre Wählerpotenzial mobilisieren können.

Noch heute wird die elektorale Performanz der Sozialdemokratie oft daran bemessen, wie gut sie die “traditionelle Arbeiterklasse” erreicht, bzw. wird ihre Krise darin gedeutet, dass beträchtliche Teils der Industriearbeiterklassen nicht links wählt.

Tatsächlich hat sich der Anteil der Arbeiterstimmen am Elektorat von sozialdemokratischen Parteien in Europa seit den 1980er Jahren von fast zwei Dritteln auf ein Drittel halbiert. Zwei von drei Wähler:innen sozialdemokratischer Parteien sind heute Projektleiterinnen, Physiotherapeuten, Lehrer, Architektinnen oder Ingenieure, nur noch eine von drei Stimmen kommt von Busfahrerinnen, Fabrikarbeitern oder Servicemitarbeitenden.

Dennoch ist es angesichts des sozialstrukturellen Wandels verfehlt, diese Entwicklung zum Gradmesser sozialdemokratischer Politik zu machen. Hätte die Sozialdemokratie sich auf die Mobilisierung der Industriearbeiterschaft konzentriert oder beschränkt, läge ihr Wähleranteil heute zweifellos weit unter 10%. Die Frage ist vielmehr, inwiefern es diesen Parteien gelungen ist, sich im Angesicht der massiven Deindustrialisierung neue Elektorate zu erschliessen.

In der wachsenden, gebildeten Mittelschicht ist ihnen das insgesamt sehr wohl gelungen – besser in einigen Ländern wie der Schweiz und etwas weniger gut in anderen Ländern wie Deutschland. Aber überall konnte die Sozialdemokratie viele neue Stimmen aus der gut gebildeten Mittelschicht an sich binden. Weniger erfolgreich war sie darin, ihre Verankerung im neuen Prekariat und in der Dienstleistungsarbeiterklasse zu stärken. In diesen sozialen Gruppen dominiert leider die Stimmenthaltung als erste Wahl.

Die Gewinne in der gebildeten Mittelschicht sind aber deshalb eminent wichtig, weil die sozialwissenschaftliche Einstellungsforschung heute in diesen Gruppen die höchsten und konsistentesten Zustimmungswerte für einen starken Sozialstaat, Umverteilung und gesellschaftliche Inklusion beobachtet. Diese neuen progressiven Wählerschichten tragen die soziale und inklusive Agenda der links-progressiven Parteien, auch wenn sie zuweilen aufgrund ihrer Einkommen netto dafür bezahlen.

Viele Stimmen aus dem klassischen Arbeitermilieu gehen dagegen heute nach rechts, zum Teil nach weit rechts. Nicht primär deshalb, weil die Wählenden direkt abgewandert wären – auch diese Fehlwahrnehmung ist mittlerweile empirisch klar und robust widerlegt – sondern weil jüngere Wählende aus den klassischen Arbeitermilieus gar nie links waren und ergo auch nicht “zurückgewonnen” werden können.

Die Herausforderung links-progressiver Parteien heute – und das betrifft neben den Sozialdemokraten letztlich auch die Grünen und linksaussern Parteien – besteht daher realistischerweise darin, mit vielen Stimmen der gebildeten Mittelschicht als Kernelektorat eine Politik durchzusetzen, die auch und gerade im Interesse der tieferen und tiefsten sozialen Schichten ist. Das ist der neue Massstab, an dem Mobilisierung und Repräsentation gemessen werden müssen.

Die Frage, wie politische Kräfte diese Herausforderung meistern bringt mich zum zweiten Missverständnis, wonach “Identitätspolitik” als Anliegen dieser progressiven, gebildeten Mittelschicht linke Politik spaltet und dadurch unterminiert. Mir ist durchaus bewusst, dass der Begriff und das Phänomen an sich heisse Eisen sind, aber gerade deshalb ist mir an einer sehr nüchternen Betrachtung und Entzauberung dieser Debatte gelegen. Die oft geäußerte Kritik an heutigen links-progressiven Parteien besteht darin, dass sie sich in Fragen der Anerkennung von Minderheiten und ihren Rechten verlieren, anstatt bei traditionellen, materiellen, wirtschaftlichen Verteilungsfragen zu bleiben.

Dieser Kritik liegt das grundlegende Missverständnis zu Grunde, es sei in der Politik jemals NICHT um Identität und Anerkennung gegangen. Die Mobilisierung der Arbeiterbewegung im Klassenkonflikt des 20. Jahrhunderts ist aber gerade das Paradebeispiel einer Identitätskonstruktion.

Die politische Arbeiterbewegung bestand überhaupt nicht nur aus Arbeitern und nicht alle Industriebeschäftigten identifizierten sich als Arbeiter. Aber die *politische Mobilisierung* der Arbeiterbewegung hat der progressiven Bewegung eine Identität, eine Vergewisserung der Gruppe gegen innen gegeben, sowie eine Abgrenzung gegen aussen. Bei der Politik im Namen dieser Arbeiterbewegung ging es auch nicht bloss um Umverteilung von Geld, sondern viel mehr um eine Ausweitung von Rechten, um Anerkennung und Status für eine soziale Gruppe, die vormals in vieler Hinsicht benachteiligt und exkludiert war.

In einem Forschungsprojekt an der Universität Zürich haben wir für verschiedene europäische Länder erhoben, welche Identitäten *heute* relevante Bezugspunkte sind. Genauer interessierte uns, in welche Identitäten sich die *heutigen* relevanten sozialstrukturellen Elektorate übersetzen - denn niemand identifiziert sich als "hoch gebildet" oder als "kognitive Dienstleistungsfachkraft". Aber genau diese Gruppen haben sehr wohl klar identifizierbare politische Gruppenidentitäten. Die kollektive politische Identität der progressiven Mittelschicht, welche heute die Kernwählerschaft der linken Parteien ist, bezieht sich stark auf Inklusion und Offenheit gegenüber *heute* benachteiligten sozialen Gruppen, sowie auf eine sehr dezidierte Abgrenzung gegenüber den rechtsnationalen Bewegungen, die in Europa so sehr erstarkt sind. Gerade bei jüngeren progressiven Wählenden beobachten wir, dass Fragen der gesellschaftlichen Integration und Anerkennung von heutigen Minderheiten keine Nebenschauplätze sind, sondern Kern ihrer politischen Identität.

Ein solch sozialstrukturell verankertes Verständnis von politischen Identitäten erklärt, warum die Debatten um die Ausweitung von gesellschaftlicher Inklusion und Anerkennung nicht umschiffet oder vom Tisch gewischt werden können. Dieses Verständnis verdeutlicht aber auch, dass progressive Parteien um gewisse Zielkonflikte nicht herumkommen. Wenn sie sich auf unverfängliche, alte Identitäten beziehen – also etwa die "arbeitende Bevölkerung" ansprechen – riskieren sie sehr viel gesellschaftliche Resonanz zu verfehlen, weil weite Teile ihrer potenziellen Wählerschaft in anderen Begriffen über sich selber nachdenkt und sich von alten Gruppenbegriffen und Referenzen nicht angesprochen fühlt. Wenn Sie aber die heute relevanten Identitäten stark betonen, müssen Sie auch gewisse Abgrenzungen in

Kauf nehmen und von der Idee Abschied nehmen “alle” ansprechen zu können. In einem eben beendeten vergleichenden Forschungsprojekt mit 12 Kolleg:innen aus Europa und den USA haben wir die möglichen Strategien von Parteien verglichen und dabei gefunden, dass die Vermeidung von “Identitätspolitik” langfristig die riskanteste und verlustreichste ist, weil sie zu wenige Wähler und Wählerinnen mit denjenigen Begriffen und Themen anspricht, die ihnen wichtig sind.

Das letzte Missverständnis, zu dem ich sprechen möchte, stammt aus dem Fundus meiner Sozialpolitik-Forschung, denn aus dieser Ecke komme ich ursprünglich her. Auch hierbei trägt das Verständnis von sozialstrukturellem Wandel zur Lösung von auf den ersten Blick rätselhaften Beobachtungen bei. Insbesondere stellen viele Studien verwundert fest, dass auch ein starker Sozialstaat, bzw. der Ausbau sozialstaatlicher Leistungen nicht verhindern kann, dass Verlierer des Strukturwandels sich von der Politik abwenden, sich radikalisierten oder Protestwähler werden. Das ist auf den ersten Blick erstaunlich, denn gerade die amerikanische Forschung hat den starken “Trump-Effekt” in wirtschaftlich absteigenden Regionen dem Fehlen eines sozialstaatlichen Netzes zugeschrieben.

Nun beobachten wir aber ähnliche Phänomene auch in Ländern mit starken Sozialstaaten. Und sogar die Ausweitung von sozialen Unterstützungsleistungen, von Renten oder Mindestlöhnen erweist sich als wenig wirksam im Versuch, die Menschen politisch aufzufangen.

Die Forschung konnte nun aber etwas Licht in das Rätsel bringen. So können wir zeigen, dass diese Abwendung von etablierter Politik hin zu rechts-nationalen Parteien oder anderen Protestbewegungen nur selten das Resultat ist von direkter materieller Not, sondern viel eher eine Folge von subjektiven Ängsten vor Statusverlust oder vor sozialem Abstieg. Gerade das rechtsnationale Wählen ist nicht in verarmten Schichten besonders stark, sondern in den unteren Mittelschichten, die sich vor einem Abstieg und vor Statusverlust fürchten ohne einen solchen Abstieg selber materiell zu erleben. Deshalb ist auch klar: Geld allein – etwa durch Sozialleistungen - fängt diese Ängste nicht auf. Die klassischen Transferleistungen des Sozialstaates ändern an den subjektiven Verlustängsten dieser Menschen wenig.

Stattdessen schlägt die Sozialstaatsforschung vor, in die Perspektiven der Menschen zu investieren, in ihre Erwerbsfähigkeit und Beschäftigungschancen, über Investitionen in Bildung und Ausbildung, gute Beschäftigung etc. In einer kürzlichen

Studie konnten wir mit einem Team in Zürich zeigen, dass solche Politiken zumindest bei einem Teil der Betroffenen tatsächlich das Vertrauen in die Politik stärken. In der Frage, mit welchen progressiven Politiken Abstiegsängsten effektiv begegnet werden kann, steht die Forschung jedoch noch am Anfang.

Lassen Sie mich schliessen. Wenn wir Politik mumifizieren, wenn wir das Wissen um die grundlegenden Veränderungen unserer Gesellschaft nicht einbeziehen in die Bewertung heutiger Politik, dann stehen wir bestenfalls verwirrt vor scheinbar unerklärlichen Phänomenen – warum gewinnen linke Parteien die Industriearbeiter nicht zurück? Warum lassen sich Parteien auf neue Themen ein statt bei ihren alten Kanon zu bleiben? Warum dämpfen Sozialleistungen die politische Radikalisierung nicht?

Im schlechteren Fall hat die Mumifizierung konkrete Handlungsimplicationen, nämlich dann, wenn Wissenschaft und Politik falsche Schlüsse ziehen.

Für uns Gesellschaftswissenschaftler:innen kommt der Verweis auf diese langfristigen, grundlegenden Veränderungen dem Bohren dicker Bretter gleich, denn im Vergleich zur alarmistischen Aktualitätsberichterstattung über Personen, Kampagnen, und Skandale haben sie wenig Sensationspotenzial. Aber meines Erachtens ist es unsere Verantwortung als Gesellschaftswissenschaftler:innen, genau diese nüchterne, unspektakuläre Perspektive hoch zu halten. Die langfristigen Entwicklungen aufzuzeigen, welche den kurzfristigen Bewegungen unterliegen. Den Wald zu kommentieren, nicht die Bäume, und das gefestigte Wissen von der kurzfristigen Spekulation zu trennen. Dass die Schader Stiftung solche Forschung sieht und würdigt ist wunderbar und wichtig.

Ich danke Ihnen sehr herzlich für den Schader Preis und für Ihre Aufmerksamkeit.

Sh/19.6.2024